

Der Verlust der Utopie

Aus Anlass der Feiern zum 25. Jahrestag des Falls der Mauer

Beim Rückblick auf Reden und Kommentare anlässlich der Feiern zum 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer fällt mir auf, dass von einigen hochaktuellen Aspekten dieses bedeutenden Ereignisses wenig bis gar nicht die Rede war. Im Zentrum des Gedenkens stand das Diktum vom "Unrechtsstaat DDR", womit an die politische Repression, die fehlende Reisefreiheit und das sämtliche Lebensbereiche durchdringende Spitzelwesen erinnert werden sollte. Bei den beiden letztgenannten Punkten vergaß die rückblickende Empörung vieler Redenschreiber und Kommentatoren auf eine gebührende Betonung der Tatsache, dass das an der DDR beklagte Unrecht heute in veränderter Form weiterlebt.

So kommen neuere Forschungen zum DDR-Grenzregime auf Opferzahlen, die (je nach Art der Zählung) im Bereich von 1.500 bis 2.000 Toten liegen.¹ An den Grenzen der Festung Europa starben demgegenüber seit 1988 schon mehr als 17.000 Menschen, davon rund 13.000 im Mittelmeer oder im Atlantischen Ozean². Gewiss, es gibt hier keinen Schießbefehl, weshalb niemand mehr an Stacheldrähten verblutet. Wir lassen die Menschen ertrinken und waschen unsere Hände in Unschuld. Auch die Bespitzelung ist heute nicht weniger umfassend als in den unseligen DDR-Zeiten. Gewandelt haben sich nur die Methoden der Spitzel. NSA, Google und Co unterscheiden sich von der STASI in ähnlicher Weise wie eine vollautomatisierte Ziegelfabrik von einer Ziegelmanufaktur: Das Produkt (die Dienstleistung des Bespitzelns) ist ident. In dem einen Fall wird es durch eine Vielzahl von Mitarbeitern erzeugt, die sich alle die Hände schmutzig machen, weil sie in den Dreck greifen müssen. Im anderen Fall stellt man es vollautomatisch, daher supersauber und in viel größerem Maßstab her.

Bei meiner letzten Anmerkung zu den Defiziten des jüngsten Mauer-Gedenkens geht es um Wichtigeres als um solche Scheinheiligkeiten. Gegenstand dieser Anmerkung ist das Fehlen einer Auseinandersetzung mit der von der DDR zwar nicht einmal annähernd realisierten, aber doch als Fernziel hochgehaltenen Utopie einer klassenlosen Gesellschaft. Unmittelbar nach dem umfassenden Zusammenbruch des sogenannten "real existierenden Sozialismus" wurde diesem Aspekt noch in allen politischen Lagern angemessene Beachtung geschenkt. So glaubte etwa der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama aus dem überwältigenden Sieg der Prinzipien von liberaler Marktwirtschaft und bürgerlicher Demokratie ein "Ende der Geschichte"³ folgern zu können. Und auch in Deutschland rief jemand ein Ende aus. Es handelte sich um den Historiker Joachim Fest, der vom Ende aller linken Utopie sprach⁴. Er begründete diese These mit dem Vorliegen des nun nicht mehr bestreitbaren historischen Beweises, dass eine dem Gesetz der Utopie folgende Politik das Lebensglück ganzer Generationen einem fernen Ziel opfere und daher ihrem Wesen nach stets eine totalitäre Gesellschaft verlange.

Die Linke hielt demgegenüber daran fest, dass es ohne Utopie einfach nicht gehe, weil die großen gesellschaftlichen Aufgaben nicht durch das selbstläufige Funktionieren der Gesetz-

1 Vgl. Die Welt, 8.11.2013: Artikel mit dem Titel "Deutlich mehr Opfer am Todesstreifen"

2 Vgl. AKIN, 9.10.2013: Artikel mit dem Titel "Mahnwache für Frontex-Opfer"

3 Francis Fukuyama. The end of history?; In: The National Interest; Summer 1989.

4 Joachim Fest: Der zerstörte Traum; Vom Ende des utopischen Zeitalters; Corso (bei Siedler); Berlin, 1991

mäßigkeiten und Mechanismen des Marktes zu lösen seien.⁵ Abgesehen davon sei die dem blinden Vertrauen in die Steuerungskraft jener Mechanismen zugrunde liegende Utopie eines freien Marktes, der mit unsichtbarer Hand alles zum Besten aller lenkt, mindestens ebenso widerlegt wie die Vision einer klassenlosen Gesellschaft.⁶ Mit diesem trotzigen Beharren auf der Notwendigkeit von nicht-marktwirtschaftlichen Zukunftsvisionen konnte man aber nicht einmal das eigene politische Lager überzeugen. Denn mittlerweile scheint zwar klar, dass die Geschichte mit dem Neoliberalismus noch nicht an ihrem Ende angelangt ist, linke Utopie dürfte jedoch tatsächlich tot sein. So tot jedenfalls, dass sie nicht einmal mehr bei den aktuellen Gedenkfeiern zum Fall der Mauer eine tragende Rolle spielt.

Man könnte das natürlich ganz leicht verschmerzen, wenn sie nicht auch so tot wäre, dass eine immer größere Zahl von sozial deklassierten Jugendlichen in Ermangelung attraktiver Visionen einer auf der Höhe der Zeit angesiedelten Gesellschaftskritik Zuflucht bei rückwärtsgewandten, im schlimmsten Fall faschistischen Heilslehren religiösen Zuschnitts suchen muss. Diese Entwicklung belegt eindrucksvoll, wie dringend die auf der Verliererseite ausgesiebten Opfer eines durch die Globalisierung entfesselten Marktes Visionen einer neuen Ordnung der Arbeitsteilung, des Zusammenlebens sowie der Verteilung von Gütern und Lebenschancen benötigen. Wir sind daher gezwungen, uns mit größerer Deutlichkeit und Schärfe, als dies bisher geschah, mit der Frage auseinanderzusetzen, was da beim Verschwinden der Utopie passierte, bzw. worin denn dieses Verschwinden bestand.

Wie mir meine diesbezüglichen Überlegungen zeigen, geht es dabei nicht einfach um den Verlust der Fähigkeit, mehr oder weniger konkrete Zukunftsbilder eines gesellschaftlichen Idealzustandes auszumalen. Solche literarischen Utopien werden auch in der Gegenwart entwickelt, die utopische Phantasie als solche ist also (noch?) ungebrochen. Ungebrochen ist offensichtlich auch die Lust am gesellschaftlichen Experiment. Seit der jüngsten weltweiten Finanzkrise registriert man sogar eine richtige Konjunktur von Tauschkreisen, Regionalwährungen und anderen tastenden Schritten in solidarökonomisches Neuland. All diese Versuche führen aber nur ein Nischendasein in den Zwischenräumen eines nach gänzlich anderen Prinzipien funktionierenden Ganzen, von dem sie sich nicht abkoppeln können.

Was wirklich auf eine ganz dramatische Weise zerbrach, ist **die utopische Dimension in jenem politischen Handeln, das in den 'klassischen' Politikfeldern der Parteidemokratie stattfindet**. Ich meine damit den auf dieser Ebene zu beobachtenden Verlust der Bereitschaft, auf politischen Forderungen auch dann zu beharren, wenn sie die innere Logik des bestehenden Wirtschaftssystems sprengen, weil sie auf eine andere Art des Wirtschaftens und Zusammenlebens verweisen. Würden solche Forderungen nämlich eingelöst, dann verschärften sie die Widersprüche jenes Systems, sodass Sand in sein Getriebe käme, was einen Rückfall in dem einen oder anderen internationalen Ranking oder gar den Verlust des einen oder anderen Zehntelprozentpunktes beim heiligen Wirtschaftswachstum zur Folge haben müsste. Beides ist jedoch heutzutage auch für jeden Linken, der im politischen Diskurs ernst genommen werden will, ein absolutes No-Go. Was im besten Fall gerade noch durchgeht, ist die Einnahme von links-keynesianischen Positionen: Man darf für mehr Verteilungsgerechtigkeit eintreten, weil das die Inlandsnachfrage stimulieren würde, man darf sich für eine Begrenzung der schlimmsten Auswüchse des Finanzkapitalismus aussprechen, weil das gut für die die sogenannten "Realwirtschaft" wäre und man darf auch für verbesserte

5 Johanno Strasser: *Leben ohne Utopie?* Luchterhand Essay; Frankfurt a. M. 1990

6 Helmut Thielen: *Die Wüste Lebt; Jenseits von Kapital und Staat*; Verlag Graswurzelrevolution, 2001

Chancengleichheit im Bildungswesen plädieren, weil das unsere Position im globalen Wettbewerb stärken sollte.

Ein jahrzehntelang weitgehend störungsfrei brummender Wirtschaftsmotor hat die Linke gelehrt, dass viel von dem, was einst Utopie war, realisiert werden kann, wenn man die **qualitativen** Grenzen einer von Konkurrenzkampf und Profitstreben gesteuerten Ökonomie akzeptiert, weil innerhalb dieser Grenzen ein scheinbar unbegrenztes quantitatives Wachstum möglich ist. Bestärkt wurde dieser Glaube durch die in den Medien, an den Hochschulen und in den außeruniversitären Think Tanks tätigen Einpeitscher der Marktideologie. Deren Kommentare sind allgegenwärtig wie das den vorweihnachtlichen Kaufrausch begleitende Weihnachtsliedgedusel und nicht weniger aufdringlich als jene akustische Adventbeschmutzung. Wer kaufen will, muss davor diesen Schmutz in seine Ohren hereinlassen und wer gerechter verteilen will, muss davor sein Gehirn von Experten und Kommentatoren waschen lassen.⁷

Die Agitation der Marktapologeten wurde zwar mit dem Siegeszug des Neoliberalismus immer aggressiver, seit es aber nur mehr äußerst kümmerliche Wachstumsraten gibt, verlieren ihre Bemühungen zunehmend an Glaubwürdigkeit. Es könnte sich daher eine kleine Chance für die Re-Integration der utopischen Dimension in das politische Handeln eröffnen. Wollte die Sozialdemokratie diese Chance nutzen, gälte es für sie, über einige ihrer eigenen Schatten zu springen. Sie sollte vor allem ihr Selbstverständnis als oberste Verantwortliche für die Glättung von Widersprüchen im Status quo ablegen und sich in verstärktem Maße **bedingungslos** zu bestimmten Forderungen bekennen - auch dann, wenn deren Realisierung zunächst zu einer Verschärfung jener Widersprüche führen müsste. Aus solcher Zuspitzung würden dann nämlich neue, noch weiter gehende Forderungen resultieren, an denen ebenfalls wieder festzuhalten wäre, weil sie ein weiteres Stück Utopie ins politische Handeln einschleusten, wodurch in der Bevölkerung Kräfte mobilisiert würden, die Druck auf ihre Realisierung machen könnten.

Damit bin ich dann auch schon bei den nächsten Schatten angelangt, über die es zu springen gälte: Gemeint ist die Angst vor politischen Bewegungen **außerhalb** der ausgetretenen Pfade des politischen Geschäfts und die Angst vor der Öffnung der Partei für solche Bewegungen bzw. die von ihnen ausgehende Dynamik. Eine Dynamik, welche die Sphäre der Parteipolitik von jenem Fluch der stetigen Wiederkehr des Gleichen erlösen könnte, der unserer Demokratie und den in ihr agierenden Parteien schon bald das letzte Restchen an Glaubwürdigkeit geraubt haben wird.

Damit ein bisschen konkreter wird, was ich meine, abschließend ein **Beispiel aus der Wohnungspolitik**: Wenn die privaten Wohnungsanbieter den aktuellen Überhang der Wohnungsnachfrage so unverschämt ausnutzen, dass die Mieten in unseren Großstädten explodieren, dann erhebt sich in der Sozialdemokratie in Erinnerung an die schöne Utopie vom Wohnen, das keine Ware sein darf, völlig zurecht die Forderung nach klaren Mietzinsobergrenzen. Es besteht allerdings höchste Gefahr, dass man ganz schnell wieder einknickt vor

⁷ Im Kurier, vom 10.12.2014 erfahren wir, dass künftig auch die Schulen verstärkt in den Dienst dieser Gehirnwäsche gestellt werden sollen: Die sozialdemokratische "Bildungsministerin Heinisch-Hosek will gemeinsam mit der Wirtschaftskammer den Schülern – insbesondere in Gymnasien mehr Finanz- und Wirtschaftswissen beibringen. Sie kann sich vorstellen den Unternehmerführerschein (!) vom Freigegegenstand zum Wahlpflichtfach zu machen." Hier die Übersetzung für all jene, die nicht zwischen den Zeilen lesen können: Jeder Schüler soll beizeiten lernen, die Wirtschaft aus der Perspektive der Unternehmer zu sehen. Er wird dann sehr gut verstehen, wieso ihn seine künftigen Arbeitgeber aufs Arbeitsamt schicken müssen, wenn die Aktienkurse ihrer Firmen zu fallen drohen. Darüber hinaus wird er auch ganz genau wissen, wie man sich nach dem Auslaufen der Arbeitslosenunterstützung als "Neuer Selbständiger" marktkonform verhält.

den im Raum stehenden Drohungen der Vermieter mit Investitionsstreik, Wohnungsleerstand und Wiederaufleben des Ablöseunwesens. Dabei handelt es sich keineswegs um leere Drohungen sondern vielmehr um die zuvor angesprochene Zuspitzung der inneren Widersprüche des Marktmechanismus.

Nun käme alles darauf an, wie man auf diese mit ökonomischer Notwendigkeit eintretenden Folgen einer strengeren Preisregulierung reagiert – mit Kapitulation vor den Marktgesetzen, oder mit einer Verschärfung der Gangart durch das Erheben neuer Forderungen: nach drastischen Strafen für illegale Ablösen, nach Meldepflicht für leer stehende Wohnungen, nach Einführung einer hohen Leerstandsabgabe, usw. ... Wer solche Forderungen erhebt, müsste sich aber von vornherein darüber im Klaren sein, dass ihre Einlösung nur dann zum gewünschten Erfolg führen könnte, wenn sie eingebettet wäre in eine entsprechende Mobilisierung der Mieter und Wohnungssuchenden. Die müssten nämlich ermuntert werden, illegale Ablösen anzuzeigen, nicht vermietete Wohnungen zu melden, sich gegen den spekulativen Verfall bestehender Bausubstanz zu wehren – und (oh Gott!) leer stehende Häuser zu besetzen.

Leicht möglich, dass eine derart radikalisierte Sozialdemokratie, sich weniger um die Deradikalisierung von Orientierung suchenden Jugendlichen kümmern müsste. Mag auch sein, dass sie dem einen oder anderen solidarökonomischen Experiment ein breiteres Wirkungsfeld eröffnen könnte und so auch diesem Zweig der Utopie zu neuer Blüte verhelfen würde.

Aber eine radikale Sozialdemokratie wäre natürlich ein Widerspruch in sich, vielleicht sogar die denkbar schärfste Zuspitzung eines der Widersprüche im politischen Überbau unseres Gesellschaftssystems. Im Sinne der vorangehenden Überlegung also eine echte Utopie. Und die ist, wie gesagt, tot.

In der anschließenden Nummer der 'Zukunft' (1/2015) befasste sich Thomas Novotny unter dem Titel "Markt oder Visionen – warum sollen das Alternativen sein?" kritisch mit der Kurzversion des vorangehenden Artikels, und die darauf folgende Ausgabe der 'Zukunft' (2/2015) enthielt dann unter dem Titel "Verlust der Utopie - reloaded" meine Antwort auf diesen Kommentar.

Verlust der Utopie - reloaded

In einem Kommentar mit dem Titel "Der Verlust der Utopie" (Zukunft 12/2014) bescheinigte ich der Sozialdemokratie den "*Verlust der Bereitschaft, auf politischen Forderungen auch dann zu beharren, wenn sie die innere Logik des bestehenden Wirtschaftssystems sprengen, weil sie auf eine andere Art des Wirtschaftens und Zusammenlebens verweisen.*" Thomas Nowotny antwortete darauf mit dem Artikel "Markt oder Visionen – warum sollen das Alternativen sein?" (Zukunft 1/2015). Ich möchte nun zeigen, dass Nowotnys Beharren auf der Offenheit unseres Wirtschaftssystems für sozialdemokratische Visionen kaum Hinweise auf geglückte realpolitische Synthesen von Markt und Utopie dafür aber umso mehr gravierende Argumentationsdefizite enthält.

Zu Beginn eine kurze Erinnerung an meine seinerzeitigen Ausführungen: Ergänzend zu der eingangs zitierten Kritik hatte ich festgestellt, dass man sich bestenfalls noch links-keynesianische Positionen gestatte, weil diese eine Einlösung sozialdemokratischer Forderungen versprechen, ohne die innere Logik des herrschenden Wirtschaftssystems infrage

zu stellen. Man dürfe in diesem Sinne also für mehr Verteilungsgerechtigkeit eintreten, weil das die Inlandsnachfrage stimulieren würde, man dürfe sich für eine Begrenzung der schlimmsten Auswüchse des Finanzkapitalismus aussprechen, weil das gut für die die sogenannten 'Realwirtschaft' wäre und man dürfe auch für verbesserte Chancengleichheit im Bildungswesen plädieren, weil das unsere Position im globalen Wettbewerb stärken sollte.

Thomas Nowotny stellt die Berechtigung dieses Vorwurfs in Frage, indem er bezweifelt, *"dass die europäische demokratische Linke soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, den Mangel an Bildungsmöglichkeiten, oder die Malversationen der Finanzwirtschaft wirklich ausschließlich mit dem Ziel bekämpft, dadurch der Wirtschaft zu dienen"*.

Dieser Zweifel geht an meiner Kritik vorbei, da er ihr gleichsam das Wort im Munde umdreht. Denn sie unterstellte der Linken ja nicht, die ureigensten Ziele der Sozialdemokratie nur mehr deshalb zu verfolgen, weil deren Verwirklichung der Wirtschaft dient! Ich konstatierte vielmehr, dass man auf den nachwievor bestehenden Absichten nur mehr in gerade dem eingeschränkten Maße beharrt, in dem diese Absichten innerhalb des aktuellen Wirtschaftssystems realisierbar sind. Das Wirtschaftssystem wird dabei von vornherein als ein unveränderbarer Rahmen akzeptiert, und man bemüht sich, innerhalb dieses Rahmens so viel wie möglich von den eigenen Anliegen zu verwirklichen. Ein an der Utopie orientiertes Handeln müsste demgegenüber die Hierarchie zwischen den sozialdemokratischen Zielen und den vorhandenen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens **umkehren**: Ihm hätten die Ziele als das Fixum zu gelten und man müsste versuchen, den systemischen Rahmen des Wirtschaftens so weit zu verändern, wie es zur Realisierung dieser Anliegen notwendig ist.

Weiter schreibt Nowotny: *"Das Streben nach Fairness und Gerechtigkeit muss sich also nicht durch den Verweis auf positive wirtschaftliche Folgen rechtfertigen, die mit mehr Fairness und Gerechtigkeit einhergehen. Das ist nicht eine bloße Behauptung. Diesen Vorrang für Fairness und Gerechtigkeit bestätigen auch Experimente der 'empirischen Ökonomie': Menschen sind durchaus gewillt, sogar wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, wenn sie dadurch für mehr Gerechtigkeit oder für die Bestrafung von Übeltätern sorgen."*

Dazu ist zweierlei zu bemerken:

Erstens: Dass sich das Streben nach Fairness und Gerechtigkeit durch den Verweis auf positive wirtschaftliche Folgen rechtfertigen müsse, ist nicht die Position des utopischen Denkens, sondern genau die von mir problematisierte Haltung des Links-Keynesianismus.

Zweitens: Dass Experimente der "empirischen Ökonomie" den Vorrang von Fairness und Gerechtigkeit vor Gewinnmaximierung bestätigen, heißt **nicht**, dass dieser Vorrang auch in unserem Wirtschaftssystem besteht. Mancher Links-Keynesianer hätte das vielleicht gern; aber leider spielens' es nicht. Tatsächlich liegt die Sache so: Fairness und Gerechtigkeit sind eben **keine** Grundprinzipien des herrschenden Wirtschaftssystems und dementsprechend auch keine wesentlichen Parameter der derzeit dominierenden ökonomischen Theorie. Einige experimentelle Ökonomen stoßen sich dankenswerterweise an diesem schweren Mangel und wollen ihr Unbehagen an jener verkehrten Axiomatik der ökonomischen Lehre empirisch untermauern. Sie versuchen daher mittels ihrer Experimente zu zeigen, dass besagte Axiome in Widerspruch zu bestimmten Verhaltensdispositionen der ökonomischen Subjekte stehen. Damit zeigen sie implizit auch auf, dass die von diesen Axiomen abgebildeten Grundprinzipien unseres Wirtschaftssystems jene inneren Anlagen der ökonomischen Subjekte zu fairem und gerechtem Verhalten vergewaltigen. Besagte experimentelle Ökonomen nehmen damit

eine utopische Position ein, welche auf ein in den ökonomischen Subjekten schlummerndes Potential zum Überschreiten der Grenzen des aktuellen Wirtschaftssystems hinweist.

In der Folge präsentiert Nowotny dann eine detailreiche international vergleichende Betrachtung der gegenwärtigen Lage dieses Wirtschaftssystems, welche zeigen will, dass eine *"nur im Regelkreis ihrer ureigensten Mechanik ... (funktionierende) ... Marktwirtschaft nicht fortbestehen (kann, weil) ... kollektives, politisches Handeln gegensteuern (muss), um den Markt vor seiner eigenen Widersprüchlichkeit und Krisenanfälligkeit zu schützen."* Darüber hinaus soll diese Betrachtung verdeutlichen, dass *"die sozialdemokratisch geprägten skandinavischen Staaten, sowie die Niederlande und Österreich diese Aufgabe besonders gut bewältigt"* haben.

Ich habe gegen diese Behauptungen nichts einzuwenden, kann aber nicht erkennen, was sie zu dem im Titel des Artikels angesprochenen Thema der über den Horizont einer kapitalistischen Marktwirtschaft hinausweisenden Visionen beitragen. Einen impliziten Bezug zu dieser Thematik sehe nur in der Begrifflichkeit, der sich Nowotny bei seiner Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedient. Er möchte sich nämlich dem im Zentrum jenes Systems stehenden Prozess der Kapitalakkumulation mit dem marxischen Konzept der Produktion von Mehrwert annähern. Diese Absicht ist an sich sehr begrüßenswert, ich muss Nowotny allerdings darauf hinweisen, dass der von ihm ins Spiel gebrachte Begriff des "Mehrwerts" absolut nichts mit dem von Marx verwendeten Konzept gleichen Namens zu tun hat. Für Nowotny ist der Mehrwert offenbar nichts weiter als die Differenz zwischen den Gestehungskosten und dem Verkaufspreis einer Ware, weshalb er zu folgendem Schluss kommt: *"Seit der Zeit von Karl Marx haben sich die Produktionsbedingungen grundsätzlich verändert. Es sind nicht nur die Lohnabhängigen die 'Mehrwert' schaffen. Zum 'Mehrwert', zur ansteigenden Produktivität trägt auch viel anderes bei ... (Betrachtet man die) für steigende Produktivität maßgeblichen 'Produktionsfaktoren', so drängen sich zwei Schlüsse auf. Erstens leistet das reine Kapital heute nur einen relativ geringen Beitrag zur Schaffung von 'Mehrwert' ... Zweitens werden die meisten anderen Vorbedingungen für produktives Schaffen direkt oder indirekt vom Staat bereit gestellt."*

Folgt man der Logik dieser Argumentation, dann kommt man zu dem Schluss, dass auch schon zur Zeit von Karl Marx ein Teil des Mehrwerts von den technischen und organisatorischen Produktionsbedingungen geschaffen worden sein muss. Denn auch schon damals spielten die Maschinerie sowie der Produktivitätsfortschritt eine bedeutende Rolle. Marx sah dies natürlich, bewunderte er doch die kontinuierliche Umwälzung der Produktionsbedingungen als ein revolutionäres Element des Kapitalismus. Und dennoch kann für ihn weder die Maschinerie noch das Kapital als solches, sondern **nur die menschliche Arbeitskraft Wert und Mehrwert schaffen**. Der Produktivitätsfortschritt trägt aus seiner Sicht bloß dazu bei, dass innerhalb der den Mehrwert abschöpfenden Kapitalistenklasse eine Umverteilung zugunsten der produktiveren Kapitalien stattfindet.

Diese strikte Bindung der Entstehung von Wert und Mehrwert an menschliches Tun zeigt, dass es Marx nicht um die einfache Abbildung einer betriebswirtschaftlich relevanten Relation geht, sondern um die Aufdeckung der an der Oberfläche des Marktgeschehens nicht sichtbaren Fundierung aller ökonomischen Rechengrößen in der menschlichen Tätigkeit und in den jene Tätigkeit strukturierenden Herrschaftsverhältnissen. Indem Nowotny den aus diesem Ansatz resultierenden komplexen Mehrwertbegriff zu einer betriebswirtschaftlichen Rechengröße verharmlost, zieht er ihm den gesellschaftskritischen Zahn und schafft damit

schon auf der Ebene seiner ökonomischen Begrifflichkeit die besten Voraussetzungen für die von ihm angestrebte Versöhnung von Markt und Profit mit utopischen Visionen. Wenn nämlich die von Marx als "Ausbeutung" kritisierte Aneignung des von den Arbeitern geschaffenen Mehrwerts durch das Kapital ohnehin nur mehr von immer geringerer Relevanz für das Funktionieren des aktuellen Wirtschaftssystems ist, dann wird wohl auch die mit jener Ausbeutung verknüpfte Logik des Profits keine prinzipielle Schranke für die Verwirklichung von sozialdemokratischen Visionen sein ...

Abschließend noch eine Bemerkung zur Schlusspassage des Artikels, in der unter anderem folgendes zu lesen ist:

"Aber im Wesentlichen geht es Karl Czasny wohl ohnehin nicht in erster Linie um einen Kampf gegen Wirtschaftswachstum und Wirtschaftskompetenz. Sowohl ihm, wie auch vor ihm Stefan Schimanova⁸ geht es wohl um Grundsätzlicheres. Sie warnen vor dem Fortlaufen einer Entwicklung, in der die Marktlogik ihre Herrschaft allmählich über das gesamte gesellschaftliche und politische System ausbreitet. Wie oben ausgeführt, muss es aber ein Gegengewicht zu dieser Logik geben – Einrichtungen und Maßnahmen die den Markt ergänzen, korrigieren oder in Schranken weisen."

Nein, Es geht mir nicht um ein **Gegengewicht** zur Marktlogik, in Form von marktergänzenden, marktkorrigierenden und marktbeschränkenden Maßnahme, sondern um **Überwindung** der Logik des Markts wie auch jener des Profits (welche ihrerseits eine Verschärfung der Tiefe und Dynamik der schon im Markt der einfachen Warenproduktion⁹ vorhandenen Widersprüche impliziert).

Versuche ich meinen Eindruck von Nowotnys Argumentation zusammenzufassen, muss ich eine gewisse Unsicherheit eingestehen, denn ich weiß nicht genau, was ich von dem hier beharrlich zelebrierten Ignorieren des Unterschieds zwischen dem Herumdoktern an einem todkranken System und dessen Überwindung halten soll: Habe ich da bloß ein ganz privates Problem beim Knacken des harmonisierenden Codes der Diplomaten Sprache¹⁰? Oder gibt Nowotnys Text doch eher Anlass für eine Radikalisierung der in meinem Artikel vertretenen These vom Verlust der Utopie? Diese bezog sich auf die Angst vor einem politischen Handeln, welches grundsätzlich bereit ist, bestimmte Systemgrenzen zu überschreiten. Nach der Lektüre von Nowotnys Artikel kommt mir der Verdacht, dass es mittlerweile womöglich nicht mehr nur um die Angst vor Grenzüberschreitungen **im Handeln** geht, sondern schon um die Angst vor dem bloßen **Denken** von Grenzüberschreitungen - weil da eine Selbstzensur am Werk ist, die bewirkt, dass man die Grenzen dieses Systems nicht einmal mehr durch die Bildung eines klaren Begriffs von "Grenzüberschreitung" in Frage stellen mag.

8 Nowotny bezieht sich damit auf einen ebenfalls in der Dezember-Ausgabe der Zukunft erschienen Artikel von Stephan Schimanowa mit dem Titel "Ein Blick in den Spiegel"

9 Marx unterscheidet einfache Warenproduktion von kapitalistischer Warenproduktion.

10 Thomas Nowotny war jahrzehntelang im diplomatischen Dienst der Republik Österreich tätig.